November 2019

SGB XIV - Recht der sozialen Entschädigung - verabschiedet

30.11.2019

Am 07.11.2019 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechtes verabschiedet. Der Bundesrat hat am 29.11.2019 zugestimmt. Die Reform des Sozialen Entschädigungsrechtes ist eine der größten sozialrechtlichen Reformen der vergangenen Jahre. Das soziale Entschädigungsrecht war im Laufe der Jahrzehnte immer unübersichtlicher geworden. Während der ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Kriegsopferentschädigung im Vordergrund. Heute spielt sie die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten, die bislang durch das Opferentschädigungsgesetz (OEG)…

Weiterlesen … SGB XIV - Recht der sozialen Entschädigung - verabschiedet

Angehörigenentlastungsgesetz verabschiedet

30.11.2019

Das Angehörigenentlastungsgesetz wurde am 7.11.2019 vom Bundestag verabschiedet. Der Bundesrat hat am 29.11.2019 zugestimmt. Damit tritt das Gesetz zum 1.1.2020 in Kraft. Das Angehörigenentlastungsgesetz ändert nur wenig am Gesetzestext des SGB XII und ist dennoch ein besonderer Meilenstein in der Entwicklung des Sozialhilferechts. Eltern und Kinder von Personen, die Leistungen der Sozialhilfe erhalten, werden künftig nur noch dann zum Unterhalt herangezogen, wenn ihr Einkommen 100.000 € pro Jahr übersteigt.

Die Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger wird oft mit der sozialhilferechtlichen Einstandspflicht…

Weiterlesen … Angehörigenentlastungsgesetz verabschiedet

Ein politischer Kompromiss: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den „Hartz-IV“-Sanktionen

06.11.2019

Am gestrigen Dienstag hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das lange erwartete Urteil über die Sanktionen im SGB II („Hartz IV“) verkündet. Das Gericht hat entschieden, dass Sanktionen bis zur Höhe von 30% des Regelsatzes verfassungsrechtlich zulässig sind. Die Regelungen, nach denen darüber hinausgehende Sanktionen verhängt werden können, sind nach dem Urteil ab sofort nicht mehr anwendbar. Nicht anwendbar sind die Sanktionsvorschriften auch

- insoweit sie eine starre Dauer der Sanktion von drei Monaten…

Weiterlesen … Ein politischer Kompromiss: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den „Hartz-IV“-Sanktionen

Auch umfassende Pflegebedürfigkeit steht Eingliederungshilfe nicht entgegen

02.11.2019

Das SG Freiburg hat im Eilverfahren nach § 86b SGG entschieden, dass auch eine umfassende Pflegebedürftigkeit dem Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe nicht entgegensteht. Außerdem hat das Gericht klargestellt, dass zB die Unterstützung im Schriftverkehr eine "geradezu typische Aufgabe der Eingliederungshilfe" ist, wenn die betroffene Person "lediglich in *tatsächlicher* Hinsicht der Unterstützung bedarf".

Im konkreten Fall hatte der Sozialhilfeträger den Antrag eines 74-jährigen durch multiple Sklerose weitgehend gelähmten Mannes auf Leistungen der…

Weiterlesen … Auch umfassende Pflegebedürfigkeit steht Eingliederungshilfe nicht entgegen

"BTHG-Reparaturgesetz" vom Bundestag verabschiedet

01.11.2019

Kurz vor dem Inkrafttreten des 2. Teils des SGB IX, das das durch das BTHG grundlegend reformierte Recht der Eingliederungshilfe enthält, sollen einige Vorschriften des SGB IX, des SGB XII und anderer Gesetze noch einmal geändert werden. Das "Gesetz zur Änderung des Neunten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Rechtsvorschriften" wurde am 17.10.2019 vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates, die voraussichtlich erteilt werden wird [Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens]. Die Abstimmung im Bundesrat ist für den 8.11.2019 vorgesehen.

Das…

Weiterlesen … "BTHG-Reparaturgesetz" vom Bundestag verabschiedet